

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)

166 (19.7.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-253712](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-253712)

Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung
der Interessen des werththätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Gant, Adolphstraße Nr. 1.

Inseraten-Nachnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Abonnement	
bei Vorausbezahlung frei ins Haus:	
vierteljährlich	2,10
für 2 Monate	1,40
für 1 Monat	0,70
excl. Postgebühren.	

Nr. 166.

Gant, Freitag, den 19. Juli 1895.

9. Jahrgang.

Zur Kritik der preussischen Grundaristokratie.

Grenzenlose Selbstsucht und brutale Unverschämtheit waren von jeher die hervorsteckendsten Charakteristiken Eigenschaften des Junkerthums. Zu allen Zeiten hat die „hochhele“ Sippe den denkbar höchsten Grad von Anmaßung und Schmarogegegnie bezeugt und zwar in offener und rücksichtsloser Weise, unter demonstrativer Verhöhnung und Verachtung der sogenannten „gemeinen Leute“. Freilich, gegenwärtig erscheint es den blaustüchtigen Herren in Preußen-Deutschland aus politisch-demagogischen Zweckmäßigkeitsgründen geboten, sich aufzuwiegen als „Freunde des Volkes“, besonders des Bauernstandes, als Kämpfer für das „Wohl der Allgemeinheit“. Alles Ernste verflüchtigt ihre Organe, daß die Bestrebungen des deutschen Adels „nicht in der Weltentmachtung von Sonderinteressen“, sondern in der „Hingabe an das gemeine Wohl!“ zu suchen seien. Das Junkerthum aber hat nicht mehr die Macht, wie in früherer Zeit und deshalb nimmt es zur demagogischen Heuchelei seine Zuflucht zwecks Wahrung und Förderung seiner Sonderinteressen. Es möchte vergessen machen, was das „blaue Blut“ im Laufe der Jahrhunderte am Volke gestiftet hat. Speziell der preussische Adel hat ja noch im Laufe dieses Jahrhunderts, bis in die neueste Zeit hinein, sich so wohl darauf verstanden, seiner „Standesherrlichkeit“ Rechnung zu tragen und für sein und seiner Angehörigen Wohl auf Kosten des Reiches und der Volkswohlfahrt bestens zu sorgen. Wir wollen eine Reihe diesbezüglicher Thatfachen mittheilen.

In Preußen wurde durch Gesetz vom 27. October 1810 die unentgeltliche Ausübung der adeligen Grundbesitzerfreiheit verfügt, um, wie es in diesem Gesetz ausdrücklich heißt, den Vorwurf zu beseitigen, daß die Besitzer der Adelsgüter „sich auf Kosten ihrer Mitunterthanen öffentlichen Lasten entziehen“. Der Adel aber wußte die Ausübung dieses Gesetzes zu verhindern. Volla fünfzig Jahre vergingen, bis die preussische Staatsgewalt sich erinnerte, daß dasselbe doch endlich einmal „erledigt“ werden müsse. Aber wie wurde es „erledigt“? Durch ein neues Gesetz, betreffend die „erweiterte Regelung der Grundsteuer“ vom 21. Mai 1861. Was das grundlegendende Gesetz von 1810 beiseitigt wissen wollte, die „gegen die natürliche Gerechtigkeit verstoßende Grundbesitzerfreiheit“, das behielt das ausführende Gesetz von 1861 zum großen Theile bei, indem es diese Freiheit für die Dominialgrundstücke der vormals reichsunmittelbaren Fürsten und Grafen anerkannte. Das Gesetz von 1810 hatte die unentgeltliche Ausübung der Grundbesitzerfreiheit vorgeschrieben. Aber im Jahre 1865 zahlte der preussische Staat den bis dahin steuerfreien Rittergütern für die Aufhebung der Grundsteuer eine Kapitalentschädigung in Höhe von 30 Millionen

Mark. Und im Jahre 1867 wurde das Privilegium der Steuerfreiheit ohne jede gesetzliche Grundlage auch den vormals „reichsunmittelbaren“ in den neuen preussischen Provinzen zugesichert. Erst vor zwei Jahren ist dieses Privileg unter Zustimmung einer Millionenthätigen und an jene Herren beseitigt worden. Aber jetzt mühen sich die Herren, die mit der Aufhebung der staatlichen Grundsteuer ihnen auferlegte Verpflichtung zur Rückzahlung der Entschädigung von sich abzuwälzen.

Auch bei der Bauernbefreiung, der Aufhebung der Leibeigenschaft und Erbauerthänigkeit in Preußen hat der dortige Adel seinen Vortheil wahrzunehmen gewußt, wie das der Professor Knapp in seinem Werke über diesen historischen Akt ausführt.

Die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung fand die gutsherrlichen erbunterthänigen Bauern durch Geburt an das Herrengut gebunden wie die Hausthiere. Sie durften ohne gutsherrliche Bewilligung nicht fortziehen. Sobald die Kinder herangewachsen waren, hatten sie sich dem Herrn vorzustellen, damit er die tauglichen zum Zwangsgefinde dienste aushebe, die im Gutsbetrieb des Herrn gelehrt wurden. Die kleineren Leute, denen kein eigentlicher Bauernhof, sondern nur ein geringer Landbesitz eingeräumt war, der keine Spannhaltung (Haltung von Zugvieh) erforderte, hatten ebenfalls Dienste für den Gutsherrn zu leisten, aber nur Handdienste. Die Spann- und Handdienste geschahen als Frohnden, d. h. als Gegenleistung für eingeräumten Landbesitz; der Zwangsgefindebene jedoch wurde als Ausfluß der Erbauerthänigkeit betrachtet.

Laut Cölit vom 9. October 1807 sollte mit dem Martinitag 1810 alle Erbauerthänigkeit aufhören, welche, wie Knapp sagt, schon am Ende des 18. Jahrhunderts „gegen das politische Schamgefühl“ verließ.

Die Gutsherrn waren natürlich nicht wenig entrückt über dieses, in ihre „Rechte“ eingreifende Edikt, welches ihnen ihre Sklaven nahm. Doch sie wußten sich zu helfen bei Schaffung der „neuen Arbeitsordnung“. Sie erlangten das Jugendschulrecht, so viele Bauernhöfe zum Gutsbesitz einzuziehen, als sie wollten und an die Stelle der Bauern sogenannte Böhner einzusetzen, denen ein Hauschen und ein wenig kleines Stück Land gegeben wurde, so wenig, daß sie davon allein nicht leben konnten und sich den Gutsherrn als Arbeiter zur Verfügung stellen mußten. Der Stand der „freien (!) Gutsarbeiter“ war damit geschaffen. Der seines Landes ledig gewordene „freie Mann“ meldete sich eheverpflichtet an dem Gutsbesitzer seines früheren Herrn als Gutsarbeiter gegen Ueberlassung einer Böhnerstelle. Die Erbauerthänigkeit war nicht mehr möglich; die Landlosigkeit der Leute — sagt Knapp — „bietet dasselbe, sie zwingt sie zur Gutsarbeit.“ Die Gutsbesitzer waren nicht der Gefahr ausgesetzt, arbeitslos zu werden, zumal es Freizügigkeit noch nicht gab. „Das Bauernleben war

in Ostpreußen, Pommern, Oberschlesien ein Mittel, kostenlos Landarbeiter zu schaffen, soweit das Privatrecht in Betracht kam.“

Daneben bestanden aber noch von Friedrich dem Großen herrührende polizeiliche Schutzgesetze, welche verfügten, daß die bäuerlichen Stellen nicht geschmälert werden, aber auch nicht vergrößert werden durften. Die Gutsärthen erreichten die Abschaffung dieser Gesetze als Entschädigung für ihre „Bauernbefreiung“. In den Jahren 1811 und 1818 kamen die „Regulirungs Gesetze“, nach welchen die Bauern ihr frohndelastetes Aupland in dienstfreies Eigentum umwandeln konnten. Die Frohnden mußten abgelöst und der Gutsherr erst für das Land, das Eigentum des Bauern wurde, entschädigt werden. Diese Entschädigung gab aber nicht der Staat, sondern der Bauer selbst; er konnte sie meistens nur geben durch Abtretung von Land an den Gutsherrn. Die Rittergüter wurden dadurch größer, aber auch die Arbeiter wurden nöthiger. Die Mehrzahl der Bauern sträubte sich, Arbeiter zu werden. Deshalb strebten die Gutsherrn eine Einschränkung der „Regulirung“ an. Sie erreichten nach hartnäckigem Kampfe, daß der Staat zuließ, daß nur der größere Bauer mit einem Hof, der ein gespanntes Zugvieh erfordert, Eigentum erlangen konnte, und daß der Gutsherr die kleineren, spannenlosen Leute als Frohner in der Hand behielt. Erst im Jahre 1850 wurden auch diese kleinen Bauern „regulirbar“ und konnten sie „Eigentümer“ werden. Nur schade, daß sie inzwischen längst Inßen und Rätliner mit Land auf Ründigung geworden waren. Die Gutsherrn hubdigten dem Grundbesitz, daß die Leute mit kleinem Landeigentum, das allein zur Existenz nicht ausreicht, am besten sich zu Gutsarbeitern eignen. Und sie unterließen nichts, was dazu beitragen konnte, die Leute fester an die Scholle zu fesseln. Knapp schildert diesen Vorgang folgendermaßen: „In der neueren Zeit (seit 1850) nimmt man den Inßen alterer Art das Land und verbietet ihnen die Viehhaltung — das heißt, beim Abschluß neuer „Verträge“ wird dies so geordnet.“ Freilich, der „freie“ Gutsarbeiter muß, da er durchaus in wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Gutsherrn sich befindet, alle Bedingungen, die dieser im „Vertrage“ stellt, unterschreiben und annehmen. Knapp fährt fort: „Der Gutsherr will die ganze Arbeitskraft der Leute zur Verfügung haben und er zahlt den Dreierlohn in einem Antheil von erdroschem Getreide, er liefert den Arbeitern die Kartoffeln. . . Wo diese neue Entwicklung bereits vollzogen ist, da ist der Gutsarbeiter der unselbständige Mensch, den man sich vorstellen kann: seinen Lohn erhält er größtentheils in Nahrungsmitteln mit nur geringem Zuflusse an Geld. Er ist durch den Naturallohn mehr verwandt mit dem Gefinde. . . Er ist kein eigentlicher Inße mehr: Haus hat er nicht! Acker hat er nicht! Kuh hat er nicht! Häufig wird ihm die

Ein verschlossener Mensch.

Roman von Max Kreyer.

(Nachdruck verboten.)

31)

„Da müssen Sie einmal im Zoologischen Garten fragen“, erwiderte Dümmler so unmittellbar schnell, daß selbst der ewig stille Driefische sich Miße geben mußte, nicht laut aufzulachen. Zum Glück für ihn bemerkte Schwipple seine Gesichtsverzerrung nicht.

„Das möchte ich lieber Ihnen überlassen“, fiel der Buchhalter auf's Neue ein. „Sie scheinen da zu Hause zu sein. Erst gestern hat man sie wieder als „Warenführer“ beobachtet. Natürlich! — es war ja Zweigroschentag! Dann geht man con amore, wenn's billig ist.“

„Es soll Leute geben, die noch niemals des Glückes theilhaftig wurden, con amore dem Vergnügen nachzugehen“, entgegnete Dümmler mit seiner alten Nase. „Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie bis jetzt noch keine Dame gefunden haben, die sich für sie begeistern konnte.“

„Was wollen Sie damit sagen, Herr Dümmler?“ (Wenn er sehr müde wurde, betonte er das Wort „Herr“ besonders. Er wollte damit anzeigen, daß er das Gespräch ernst nehme.)

Er schaute beide Ellenbogen auf das Pult und blickte mit zusammengepreßten Lippen durch die kleinen Fächer des Pultaufsatzes auf sein Gegenüber.

„Das heute wieder einmal Montag ist, Herr Schwipple, und daß es gewöhnlich aus dem Walde so herauschallt, wie man hineinruft.“

Der Buchhalter hatte augenscheinlich darauf nichts zu erwidern. Eine Pause trat ein, während welcher er die Gelegenheit benutzte, mit der rechten Hand die Papiersehere auf das Fenstertrett zu werfen, daß sie klirrte, und

die linke an den Mund zu halten, um das wieder aufsteigende Gähnen nicht ganz laut werden zu lassen.

Auf der anderen Seite des Doppelputzes dagegen ertönte das Echo deutlich und vernnehmbar. Schwipple wurde dadurch nur erbittert. Er machte absichtlich eine Kunstpause und sagte dann sehr laut:

„Bissen Sie schon, daß Ihnen Ihre Stellung demnach gekündigt werden soll? Gatter kommt hier als Volontär in's Geschäft und braucht Ihr Pult. Frau Sommerland hat Sie für überflüssig erklärt.“

(Daran war vorläufig nicht zu denken; aber der Buchhalter dachte sich derartige Dinge aus, um Dümmler zu fränken.)

„Das haben Sie schon oft gesagt, und niemals ist es eingetroffen“, gab der Kommis zurück. „Sie müssen neues Pulver verschießen, das alte ist verbrauch. . . Uebrigens denke ich, daß jeder gehäßige Mensch im Leben seinen Theil bekommt. . . Es lebt ein Gott zu strafen und zu rächen!“ beifloß er mit Pathos.

„Ihnen Sie doch nicht immer so, als wenn Sie Ihren Goethe in der Westentasche mit sich herumtragen“, warf Schwipple ein, indem er spöttisch den Mund verzog und mit den Schultern zuckte, soweit ihm dies noch möglich war. Dümmler lachte laut auf.

„Goethe, Goethe! Haben Sie eine Ahnung von Goethe! Sie wollen immer Belehrung pausen und wissen's selbst nicht. Von Schiller ist der Ausspruch, wenn Sie göttigt erlauben.“

„Und ich sage nochmals von Goethe.“

„Driefische, reden Sie mal einen Ton“, sagte Dümmler, sich an den Belegling wendend. Der Angeredete drehte das Gesicht dem Lichte zu, kniff die Augen zusammen und erwiderte leise:

„Er ist von Schiller und kommt in dem großen Monolog vor, den Tell in der engen Gasse zu Rücknacht hält.“

„Sehen Sie — reingefallen!“ sagte Dümmler triumphirend.

Schwipple preßte die Lippen zusammen und machte eine stumme Bewegung, womit er andeuten wollte, daß man ihn trotz alledem nicht imponiren könne. In seinem Innern loderte die Wuth über die Niederlage — und gerade von Seiten des Lehrlings!

„Driefische!“ rief er nach einer Weile so laut, daß der Sohn des seligen Ranzleiraths erschreckt zusammenaufrat, schreiben Sie nicht wieder mit der Nase. Sehen Sie sofort nach dem Boden und zählen Sie mal die leeren Blechfannen Nummer eins. . . So“, fügte der Buchhalter hinzu, als der Lehrling das Kontor verlassen hatte, „das ist eigentlich Himmelbaris und Friedrichs des Kleinen Arbeit, aber zur Strafe dafür, daß er sich in unser Gespräch gemischt hat, kann er sie thun.“

Dümmler fand diese Arbeitsteilung empörend. Er wollte jedoch in ferniger Weise von einer „unedlen Rache“ sprechen, als die Thür sich öffnete und der Briefträger mit der ersten Postsendung eintrat. Die eigentlich geschäftliche Korrespondenz wurde vom Hauptkomtor aus eingeliefert; in Folge dessen liefen die meisten Briefe dort ein. Es konnte jedoch nicht verhindert werden, daß in dieser Beziehung auch das Fabrikkomtor arg in Mitleidenhaftigkeit gezogen wurde. Rein technische Angelegenheiten wurden direkt hierher beordert, auch die Privatverhandlungen gelangten größtentheils zuerst in Schwipples Hände.

Nachdem der Bote sich entfernt hatte, prüfte der Buchhalter aufmerksam das Pack Briefe und las die Karten, bevor er sich daran machte, die Couverts abzuschneiden. Bei dieser Arbeit pflegte er selten etwas zu sprechen.

(Fortsetzung folgt.)

Stelle gekündigt, und er rückt von einem Rittergut auf's andere. Ueberall da wohnen sie in kleinen Gruppen, abgetrennt von den Bauernhöfen, vom Gutshof und seinen Bewohnern getrennt durch den unermeßlichen Abstand der Wälder. Selbst wohlwollende Schilderungen, die man von ihrer Lebensweise und Denkartungart liest, erinnern Zug für Zug an die geistige und sittliche Verkommenheit der früheren Erbauerthäner.

Das ist das Resultat, welches das preussische Junkertum aus der vielgerühmten Stein-Ordensbergischen Agrar-Gesetzgebung gemonnen hat. So verstand es, das System der Dringlichkeit und Erbauerthätigkeit durch ein anderes, in mancher Hinsicht schlimmeres zu ersetzen. Die kleinen Bauern machte man zu frohbelaunten Nutznießern kleiner Stellen, deren Bestand in die Willkür der Gutsherren gegeben ist. Der Gutsherr wurde seiner früheren Pflichten ledig und doch blieben ihm die Arbeitstäfeln sicher; er entzogene sie bis zur Widerstandsunfähigkeit. Wahrscheinlich hatte Recht, als er in seinem „System der erworbenen Rechte“ gegen die preussische Agrargesetzgebung die Anklage erhob, daß sie nichts Anderes sei, „als ein widerrechtlich am armen Manne zu Gunsten der reichen Grundaristokratie begangener Raub“. Und diese selbe Sippe waagt es, jetzt, nachdem der Raub vollbracht, Freundlichkeit für den „Bruder Bauer“ und für den Landarbeiter zu heucheln! Wenn es ein Hohngeflächter der Hölle gäbe, so müßte es hier erschallen!

Politische Rundschau.

Vant, den 18. Juli.

— Die Stichwahl im Wahlkreis Meseritz. Vom 1. findet am 20. Juli statt. Nach der „Pos. Ztg.“ hat die antisemitische Parteileitung in Wollstein erklärt, sie würde bei der bevorstehenden Stichwahl ihren Anhänger vollkommen freie Hand lassen. Das Blatt ist der Ansicht, daß der Sieg für den Polen schon so gut wie entschieden sein dürfte. Dagegen erklärt der Kandidat der antisemitischen Reformpartei, Herrsch, für v. Dörschowsky stimmen zu wollen, und bittet seine Wähler, dasselbe zu thun. — Bei der letzten Eisenach-Stichwahl ist der antisemitische Gegenkandidat ebenfalls für den Agrarier eingetreten, die antisemitischen Wähler sind seiner Parole aber nicht gefolgt. Und in Kolberg-Köslin haben sie ebenfalls gegen den agrarischen Zünder gestimmt.

— Zur Stichwahl in Waldeck bemerkt der nationalliberale „Dann. Cour.“: „Entsprechend der Erklärung des Abg. Richter, daß er im Falle einer Stichwahl zwischen Dr. Böttcher und dem Antisemiten in Waldeck, Pyromont seiner Partei empfehlen werde, für den Nationalliberalen zu stimmen, sind die Freisinnigen im Wahlkreis, wie uns aus Waldeck geschrieben wird, für Dr. Böttcher thätig. Der freisinnige Kandidat, Dr. Schädling, hat selbst seinen Wähler empfohlen, für Dr. Böttcher einzutreten. In den nächsten Tagen wird ein in diesem Sinne gehaltenen Ruf für die Freisinnigen erscheinen.“ — Wenn die Freisinnigen absolut politischen Selbstmord begehen wollen, indem sie sich für den Exzentriker Böttcher aufwerfen, so kann man sie nicht hindern. Es scheint, daß manche Leute niemals klug werden, mögen die erhaltenen Wahlscheine noch so herb ausfallen. — Die Stichwahl findet am Montag, den 22. Juli statt.

— Der Unterstaatssekretär v. Rottenburg wird, wie die „Frankf. Ztg.“ zu melden weiß, bestimmt am 1. Oktober aus seinem Amte scheidet. Rottenburg ist bekannt als ein sozialpolitisch vorgeschrittener Mann, der besonders den Beamten fürstlich verhaft, weil er ein Gegner des Befähigungs-Nachweises und sonstigen Innungshumbugs ist.

— Ueber die plutokratischen Verschleibungen des preussischen Wahlrechts infolge der Miquel'schen Steuer-gesetze will das Zentrum genauere Feststellungen treffen. Die „Kölnische Volkszeitung“ regt an, daß mit möglicher Beschleunigung aus allen Städten Preussens die betreffenden Ziffern veröffentlicht werden, damit man dieselben sammeln und zusammenstellen kann. Es handelt sich in erster Linie um die Städte, und zwar um die Städte mit mehr als 10000 Einwohner, in zweiter Linie aber auch um die kleineren Städte. Notwendig sei die exakte Zahl, wie viel Wähler in den einzelnen Städten namentlich der ersten, zweiten und dritten Wählerklasse angehören. Interessant würde daneben auch sein, die Steuergrenzen zu erfahren, bis zu denen die einzelnen Klassen gehen.

— Ueber die Lage des Handwerks hat der Verein für Sozialpolitik Untersuchungen anstellen lassen, die in einem dreibändigen Werke gesammelt sind. Das Ergebnis der Einzeluntersuchungen sagt der Herausgeber des Werkes, Professor Karl Bücher in der Vorrede wie folgt zusammen: „Bereits die jetzt vorliegenden Untersuchungen offenbaren einen Vermittlungs- und Umstellungs-prozess innerhalb des alten Bestandes unseres Gewerbes von einer Seite und Neubildung, wie er wohl nur von Wenigen geahnt werden konnte. Das Vordringen des kapitalistischen Betriebes macht sich in den verschiedensten Gewerbezweigen geltend; aber nicht überall nimmt es denselben Ausgangs- und Anknüpfungspunkt, nicht überall zeitigt es die gleichen Erscheinungen. Was der alljährliche Sprachgebrauch als „Konkurrenz des Großbetriebes“ bezeichnet, findet sich in seiner einfachsten Form, völlig gleichartiger Produktion in Fabrik und Handwerk, verhältnismäßig selten. Viel häufiger liegt der Sitz der Konkurrenz, welche die alten Betriebsweisen und die kleinen selbstständigen Erzeugnisse vernichtet, auf dem Gebiete andersartiger Produktion oder in gar in der Späthe des Güterumlaufes zu suchen. Ueberall finden wir zwar das gleiche Ergebnis, aber nicht überall dieselben Ursachen und Vorgänge.“ — Die von der Sozialdemokratie längst erworbene Erkenntnis dieses sich in bestimmter Richtung bewegenden Umstellungsprozesses

wird also hier durch eingehende Untersuchungen bestätigt. Vermutlich werden auch die Ergebnisse der jüngst vorgenommenen Berufszählung den zahlenmäßigen Beweis erbringen für die weitere Entwicklung zum Großbetrieb. Aber selbst wenn die Zahlen das nicht so deutlich zum Ausdruck bringen werden, so liegen trotzdem die Thatfachen offen genug für Jeden, der sehen will. Der heutige Handwerkerstand ist nur noch ein Schatten seiner früheren Größe; ihm fehlt jede feste Sicherheit der Existenz. Was selbst der Drang, sich Scheinbar selbstständig zu machen, noch die Zahl der Handwerker wieder befähigt hochzutreiben; überall ist die wirtschaftliche Situation derselben nur noch ein elendes Dahinsiegetzen.

— Die Zahl der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in Preußen, welche dem Schutz der §§ 135—137 der Gewerbeordnung unterstellt sind, wird alljährlich von den Gewerbeinspektoren ermittelt und im Jahresbericht veröffentlicht. Nach dem jetzt erschienenen Jahresbericht für 1894 waren in dem Berichtsjahre 287 824 Arbeiterinnen in Fabriken beschäftigt oder 9596 mehr als im Jahre 1893. Der größte Teil dieses Mehr, nämlich 8830, entfällt auf die Arbeiterinnen im Alter von mehr als 21 Jahren. Fast die Hälfte der gesamten Arbeiterinnen, 128 319, ist in der Textilindustrie beschäftigt. Von jugendlichen Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 16 Jahren wurden 104 886 oder 1255 weniger als im Jahre 1893 beschäftigt. Auch hier fällt ein großer Teil, 22 856, auf die Textilindustrie. Nach § 135 der Gewerbeordnung dürfen benanntlich Kinder unter 14 Jahren nur dann noch in Fabriken beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr schulpflichtig sind. Es ist deshalb die Zahl dieser in den Fabriken beschäftigten Arbeiterkategorie fast ganz verschwunden und vermindert sich von Jahr zu Jahr noch mehr. Im Jahre 1894 wurden insgesamt 827 solcher Kinder in Fabriken beschäftigt oder 479 weniger als im Jahre 1893. Wie viele von den Kindern, welche sonst in Fabriken beschäftigt waren, jetzt bei Hausarbeitern beschäftigt werden, kann nicht ermittelt werden, weil die Hausarbeit nicht der Gewerbeinspektion unterstellt ist. Von den Kindern entfällt der größte Teil, 249, auf die Industrie der Steine und Erden. In der ganzen Gemischten Industrie wurde ein einziges solches Kind beschäftigt. Was schließlich die Bergwerke, Salinen und Aufbereitungsanstalten Preussens betrifft, für welche die genannten Arbeiterkategorien besonders gefährdet werden, so betrug bei ihnen die Zahl der im Jahre 1894 beschäftigten Arbeiterinnen über 16 Jahre 7959 oder 2,14 pCt. der ganzen Belegschaft, die der jungen Leute von 14—16 Jahren 10 388, die der Kinder unter 14 Jahren 62, die Anzahl sämtlicher jugendlicher Arbeiter also 10 450 oder 2,81 pCt. der Belegschaft. Von den jugendlichen Arbeitern waren 9296, also der größte Teil, über Tage beschäftigt; ihre Zahl hatte gegen das Vorjahr um 210, die Zahl der Arbeiterinnen um 689 abgenommen. Die Gesamtzahl der unter dem besonderen Schutz der Gewerbeordnung stehenden Arbeiterkategorien machte demgemäß bei den Bergwerken 4,95 pCt. der gesamten Belegschaft aus. Im Uebrigen entfällt von der Zahl der Arbeiterinnen der weitaus größte Teil, nämlich 6954, auf den Oberbergamtsbezirk Breslau, während von den jugendlichen Arbeitern die Mehrzahl auf die Oberbergamtsbezirke Dortmund (4876) und Bonn (3111) kommen.

— Militärdienstpflicht der Volksschullehrer. Das preussische Kriegsministerium hat bezüglich der aktiven Dienstzeit der Volksschullehrer endgültig bestimmt, daß bei Heranziehung derjenigen Lehrer, die bereits angestellt sind, in diesem Jahre noch nach den bisherigen Bestimmungen zu verfahren ist. Betreffs der noch nicht angestellten Lehrer ist bisher noch keine Festsetzung getroffen worden. Vom nächsten Jahre ab soll den Volksschullehrern die Möglichkeit des einjährig-freiwilligen Militärdienstes gewährt werden.

— Die Kulturaufgaben und der preussische Staat. Die Zulassung der Kunstakademie in Berlin sind schon seit vielen Jahrzehnten solche, daß sie eines zivilisierten Staates kaum würdig sind. Das ist schon lange von allen dabei beteiligten Personen und Behörden anerkannt. Es ist auch schon seit langem ein geeigneter Bauplatz für eine neue Kunstakademie vorhanden, auch sind die Baupläne schon lange fertig. Es fehlt nur an einem, an Geld. Konventionelle Blätter beschreiben, daß die Ausführung dieses Projektes, bis zur Verringerung der Staatseinnahmen zurückgestellt ist. Für Kirchen ist freilich in Berlin überflüssig viel Geld vorhanden, die Kunst kann warten, wie Schulen, Universitäten und ähnliche Kulturanstalten schon lange warten. Kaffeehäuser und Kirchen, Kirchen und Kaffeehäuser, Klottenfeste, Dombauten und ähnliche kostspielige Veranstellungen gehen die Mittel auf.

— Die Tabakfabriksteuer kommt wieder. Aus dem Besuche, den der Staatssekretär Graf Posadowsky den sächsischen Ministern gemacht hat, folgern kundige Leute die Wiederkehr einer Tabaksteuervorlage in der nächsten Session des Reichstages. Die Sache ist trotz aller offiziellen Ablehnungsversuche sehr wahrscheinlich. Nach alter Erfahrung wird der Widerstand des Parlaments bei und immer geringer, je öfter eine Forderung wiederkehrt und was trifft dann um so mehr zu, wenn die Regierung klug genug die erste Forderung recht hoch stellt, wie es hier geschehen ist, um später etwas ablassen zu können. Das wird von den „Ranneseelen“ im Reichstage dann als Entgegenkommen ausgelegt, dem man, um nicht in „öde Negation“ zu verfallen, auch entgegenkommen müsse, und die Regierung erhält, was sie wollte, und oft sogar noch mehr. Doch erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Herr v. Posadowsky in Siedebund auch noch andere Steuervorlagen erdichtet hat. Ohne neue Steuern geht es einmal in keiner Reichtagssession ab.

— Gleich auf der Stelle Sozialdemokraten zu werden, drohen die sonst so königlichen „Bauern“ der heutigen „Lagezeitung“, wenn ihnen irgend etwas im Staate nicht paßt, namentlich aber, wenn ihr Gelbheiß in Mitleidenschaft gezogen werden soll. So schreibt heute das genannte Blatt anlässlich einer Klage aus dem Kreise Saarbrücken über die Einkommensteuer-Einschätzungs-kommission: „Unzufriedenheit erzeugt diese Sorte Falschheit, und gerade in bürgertlichen und bauerlichen Kreisen, auf welche sich doch zuletzt jede Regierung als sichersten Grundstein der Staatsverwaltung stützen muß! Man kann es wirklich verstehen, wenn die Sozialdemokratie ihre Kreise so leicht und zahlreich erweitert! — Sehr staatserschütternd und königstreu finden wir das nicht. Aber wenn die Saarbrücker Bauern Sozialdemokraten werden wollen, dann haben wir nichts dagegen.“

— Zum Fall Wehla u bringt der „Rhein. Cour.“ eine Zuschrift aus Berlin, die sich angelegentlich nach dem Stand der Sache erkundigt und zwar mit Recht. Es heißt darin: „Gleichzeitig mit den gegen den ehemaligen Kanzler von Kamerun, Seil, erhobenen Anschuldigungen wurden auch gegen den Kaffee Wehla, der in verschiedenen Stellungen in Kamerun fungiert hat, schwere Anklagen erhoben; gleichzeitig mit der gegen Seil eröffneten Untersuchung wurden von Seiten des Auswärtigen Amtes auch gegen Wehla die Untersuchungen eingeleitet. Die gegen den Kaffee Wehla vorliegenden Anklagen, welche an Schwere die gegen Seil erhobenen weit übertrafen, hatten noch immer der Erledigung. Am 20. März d. J. äußerte auf eine Anfrage der Direktor der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt, Dr. Kayser, sich im Reichstage zu der Gelegenheit dahin, daß nach Beendigung der vom Reichseingeleiteten Untersuchung die Akten dem Herrn Justizminister vor einiger Zeit zugegangen seien. Eine Antwort des Ministers sei aber noch nicht erfolgt. Kaffee Wehla, welcher königlich preussischer Gerichts-Kaffee ist und nur zum Auswärtigen Amte beurlaubt war, hat zwar die Eigenschaft eines Reichsbeamten erworben, aber auch nicht die Eigenschaft eines preussischen Beamten verloren. Daher der „Inkongruenz“ in dieser Angelegenheit. Am 28. März nahm auch der Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr v. Marschall, im Reichstage Gelegenheit, sich zu dem „Fall Wehla“ zu äußern. Derselbe bemerkte auf eine Anmerkung des Abg. v. Vollmar hin, daß es sich zunächst um die Frage handle, ob das Disziplinarverfahren vor preussischen oder Reichsbehörden stattzufinden habe, und zwar sei das keine Eitelkeitsfrage, sondern eine Kompetenzfrage, die naturgemäß zunächst entschieden werden müsse. Außerdem werde allerdings der Herr Justizminister auch die Frage zu prüfen haben, ob nach dem Ergebnis der Disziplinaruntersuchung das weitere Verfahren vor dem Disziplinar-Gericht oder vor anderen Gerichten stattzufinden habe. Er glaube in den nächsten Tagen eine Antwort von dem Herrn Justizminister erwarten zu können. Eine dritte Anmerkung zu der Angelegenheit datiert vom 20. Mai. Gelegentlich der Beratung des Ostseetourneurs, betreffend die Bestrafung des Sklavenraubs und Sklavenhandels, im Reichstage bemerkte Direktor Dr. Kayser: „Der Fall Wehla ist noch nicht zur Entscheidung gekommen und entzieht sich daher der Beurteilung. Die gerichtliche Entscheidung ist aber, wie bereits von dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in einer der letzten Sitzungen (vom 28. März) bemerkt wurde, in die Wege geleitet.“ Seither hat nichts mehr über den „Fall Wehla“ verlautet. Wenn man den vom Direktor Dr. Kayser am 20. März gebrauchten Ausdruck: „vor einiger Zeit“ auch nur auf 8 bis 14 Tage ausdehnen will, so sieht doch sehr, daß vor mindestens drei Monaten die Akten Wehla dem preussischen Justizminister zur weiteren Entscheidung übermittle worden sind. Ist die Entscheidung, die Staatssekretär von Marschall am 28. März, in den nächsten Tagen“ erwarten zu dürfen geblieben, früher getroffen oder nicht? Wenn „Ja“, wie ist sie ausgefallen? Sind die gegen Wehla erhobenen Anschuldigungen ganz oder zum Teil begründet, so bedarf es einer strengeren Sühne; sind sie unbegründet, so ist es eine Ehrenpflicht der Regierung, ihren Beamten mit möglicher Beschleunigung vor der Öffentlichkeit zu rehabilitieren. Es ist an der Zeit, daß über die Verhandlung in Angelegenheiten des Falles Wehla Aufklärung gegeben wird.“ Der preussische Justizminister wird ja inzwischen wohl seine Untersuchungen über die Wirkungen des „Tropenhollers“ beendet haben, so daß die wüßbegierige Welt von seiner Wissenschaft endlich profitieren konnte.

— In der Mainnummer des „Süddeutschen Postillons“ hat die Breslauer Staatsanwaltschaft eine Aufreißung zum Kaschhaus gefunden und hat den in München wohnenden Redakteur des ebenfalls erschienenen Postillons richterlich vernehmen lassen. Die Münchener Staatsanwaltschaft hatte die Nummer unbehandelt gelassen. Auch ein Vertrag zum Gerichtsstand der Presse!

— Bayrische Justiz. Infolge eines Streiks in der Velociped-Fabrik Marckh u. Comp. in Nürnberg — welche Firma sich, nebenbei erwähnt, alle Metallarbeiter merken mögen — hatten eine ganze Anzahl Schlosser, Dreher und Mechaniker Strafmandate wegen Verweigerung erhalten. Einer war außerdem zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden, weil er die Streikföcher „Lumpen“ und „Zuchthäuser“ genannt, ein anderer zu zwei Wochen, weil er einen Streikföcher angepöbel und mit „Vertobaden“ bedroht haben soll. Diese beiden letzten Verurteilung ein, die gestern zur Verhandlung kam. Die Verurteilung wurde verworfen und der Verteidiger der Angeklagten, Rechtskonsulent Dr. Erlanger, wegen Ungebühr vor Gericht“ mit einem Ordnungsgeld bestraft und zu 50 Mark Disziplinarstrafe verurteilt! Die „Ordnungsmäßigkeit“ des Verteidigers wurde in den Worten gefunden: „Der Staatsanwalt suche mit großer Schläue aus

einzelnen Aeußerungen der Angeklagten Verurtheilungen zu konstruieren!" — Da hört denn doch schon Verstandes an, wenn man nicht einmal mehr die „Schläue“ der Staatsanwälte rühmen darf! So was war ja nicht einmal in Dresden da.

— Der alte ultramontane Parlamentarier August Reichenberger ist im Alter von 87 Jahren in Köln gestorben. Der jüngere Bruder Peter ist am 31. Dezember 1892 aus dem Leben geschieden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 17. Juli. In der vorgestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde wieder eine Resolution für Aufhebung des Lotteriespiels angenommen. Dasselbe besteht jetzt seit 1787 und bringt dem Staate 5 bis 6 Mill. Gulden ein, zieht aber den Kerkern der Armen den letzten Kreuzer aus der Tasche. Die Resolution auf Abschaffung des scheußlichen Jagardespiels ist nun vom Abgeordnetenhaus zum dreifachen Mal angenommen, doch entspricht die Regierung dem Antrage nicht, weil die Kammer im Hofetat immer die Mittel dafür bewilligt. Bei der Debatte über das Budget des Handelsministeriums legte der Abg. Bruns Wichtenan das interessante Geständnis ab, daß die von den Konventionen und Zinsfilern so sehr bejubelte Gewerbeordnung von 1883 und 1885, die den Befähigungsnachweis einführte, bisher noch keine gänzliche Wirkung gehabt habe. Natürlich ist es die Schuld auf „femiliche und überhaupt kapitalistische Finissen“. Anstatt die richtige Forderung zu ziehen, wünschte er nunmehr, den Befähigungsnachweis auch auf die Großindustrie auszuwehnen! Für die Haltung der Abgeordneten aller Parteien charakteristisch ist, daß sie alle nur von der Gewerbeform in Bezug auf die Klein-gewerbetler sprachen, die Bedürfnisse der Arbeiter aber ganz links liegen ließen. Da die Arbeiter keine Vertreter im Parlament haben, existiren sie für die Volkvertretung auch nicht.

Bulgarien.

Sofia, 17. Juli. Ob der scheußliche Mordanschlag gegen Stambulow auf Privattratte oder politische Rache zurückzuführen ist, steht noch nicht fest, doch zweifelt Niemand, daß es ein politisches Attentat ist. Fast allgemein wird die Regierung und der Fürst, der undankbare Roburger, der Mitschuld — wenn auch nur der indirekten — an dem Mordanschlag gegeben. Schimmer ist noch keinem Patrioten mitgeteilt worden als Stambulow, der, was er auch sonst gethan haben mag, für Bulgarien Gut und Blut eingeseht hat. Seine Gewaltthatigkeiten als Attentat und die Einsetzung des orleanistischen Bourbonenprinzen zum Fürsten eines aus einer Volkservolution hervorgegangenen Staates haben sich bitter gerächt. Fürst Ferdinand, der um jeden Preis von Rußland anerkannt sein will, hat Stambulow, der ihm zu dem Tröndchen verfallen und gegen die ruffenfreundliche Politik war, gestürzt, ihm mit dem schändlichsten Unthat belohnt, indem er ihn vor Gericht schleppen ließ und des Vaterlandsverrathes beschuldigte. Den tranken Terminler ließ Ferdinand nicht nach Karlsbad reisen, sondern reiste lieber selber hin, um vom Auslande aus zuzusehen, wie die neueste Katastrophe abläuft. Die Bulgaren würden sehr gespannt sein, wenn sie den Bourbonen nicht mehr in ihr Land hereinließen, denn lassen sie denselben noch weiter wirtschaften, so wird es nicht lange dauern und Bulgarien ist nur noch eine russische Provinz. — Das Befinden Stambulow's soll besser sein. Von den Thätern hat man noch keine Spur. — Gegen einen anderen bulgarischen Patrioten und Freund Stambulow's, Raboslawoff, ist nach einem Drohbrief, den derselbe erhalten, gleichfalls ein Attentat geplant. Darnach scheint die tschechisch-russische Verchwörerbande an der Arbeit zu sein und kann man nur gespannt sein, ob die Ordnungsmänner Europas nun auch zum Kampfe gegen den Unflur von Oben die Völker und Regierungen aufrufen.

— Die Regierung hat auf die Ergreifung der Mordbuben, die gegen Stambulow das Attentat verübte, eine Belohnung von 10 000 Franken ausgesetzt. — Sie weiß wahrscheinlich, daß diese in Sicherheit sind.

England.

London, 17. Juli. Die Wahlen zum Unterhaus fallen für die Liberalen wie auch für die Sozialisten furchtbar unglücklich aus. Die Letzteren scheinen alle Siege bis auf einen verloren zu haben; denn nur ein sozialistischer Kandidat ist bis jetzt gewählt, und zwar, wie wir gestern mitgeteilt haben, John Burns. Das bisher veröffentlichte Wahlergebnis weist auf: 240 Unionisten, 50 Liberale, 6 Parneitäten, 19 Antiparneitäten und 1 Kandidat der Arbeiterpartei.

Soziales.

— Unfallverhütungsvorschriften für land- und forstwirtschaftliche Betriebe werden von dem Reichsversicherungsamte in einem Rundschreiben den Vorständen der land- und forstwirtschaftlichen Berufsvereinigungen empfohlen. Im Jahre 1894, so heißt es darin, sind von den land- und forstwirtschaftlichen Berufsvereinigungen für 32 687 Unfälle Entschädigungen festgesetzt worden; von diesen Unfällen hatten 2327 den Tod, 821 eine dauernde völlige, 15 922 eine dauernde, nicht völlige und 13 707 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Auf Vorschlag des Reichsversicherungsamtes hat eine Versammlung von Vertretern der Landesversicherungsämter und der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen die Beratung von Unfallverhütungsvorschriften durch eine Kommission beschlossen. Das Reichsversicherungsamt hat für diese Beratung Normalvorschriften entworfen, welche auf die bereits von einigen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen erlassenen Vorschriften, auf die nach un-terschieden Rundfragen zu seiner Kenntniß gelangten Polizei-

verordnungen, sowie endlich auf die Ergebnisse der Unfallstatistik vom Jahre 1891 und die eigenen täglichen Erfahrungen Rücksicht nehmen. Dieser Entwurf ist von der Kommission und späterhin mit Kommissaren eingehend beraten, die vom preussischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten abgeordnet wurden. Aus der letzteren Beratung ist der den Berufsvereinigungen zur Richtschnur empfohlene Entwurf hervorgegangen. Das Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes schließt mit der Warnung, die Berufsvereinigungen möchten, in Anerkennung dessen, daß es besser ist, Unfälle zu verhüten, als Unfälle zu entschädigen, und daß eine Unfallrente niemals einer Familie den nothwendigen Vater ersetzen, dem Verletzten nie ein volles Entgelt für verfallene Glieder bieten kann, ein so wichtiges Recht, welches das Gesetz ihnen verliehen hat, nicht ungenützt lassen. Die Rücksicht auf die zu behütenden Arbeiter, auf die vor unnötigen Lasten zu bewahrenden Mitglieber mache jenes Recht zur Pflicht. Nur in der Verbindung der Unfallentschädigung mit der Unfallversicherung könne das Ziel erreicht werden, welches durch die Unfallversicherungsgesetzgebung angesetzt wurde ist. — Solche Mahnungen sind schon früher an die landwirtschaftlichen Unternehmer ergangen, aber, wie die ungenutzte Zahl von Unfällen erweist, vergeblich. Die Junker scheuen die Kosten für die nothwendigen Schutzvorrichtungen und lassen es lieber darauf ankommen, daß „ihre“ Arbeiter Gliedmaßen oder Leben verlieren.

Gewerkschaftliches.

— Der Schneiberstreik in Steettin ist beendet. Am Sonnabend, den 15. Juli verhandelte die Lokalkommission der Schneiber mit dem Vorstand der Konfektionäre, wobei dieser aber-mals einige Zugeständnisse machte. So sollen die Lohnzulagen, wie die Schützen verlangt hatten, nicht bis zum 1. Mai 1896, sondern bis 1. Februar 1896 gestrichelt werden; von da an soll ein anderer Minimaltarif aufgestellt werden. Ferner ist zugesagt, daß keine Maßregelungen erfolgen sollen. Infolge dieses Abkommens haben die streikenden Schneiber der beiden Jüdischen Geschäfte am Montag die Arbeit wieder aufgenommen. „Die Schneiber“, sagt der „Volksbote“, haben demals alle erreicht, was sie haben wollten, sie können sich hüten für den Kampf vom 1. Februar 1896. Sie wollen inessen hoffen, daß es auch da bald zu einem Ausgleich kommt, denn ein magerer Vergleich ist immer besser als ein leerer Topf.“ — Bemerkenswert ist noch, daß die Schneiber deshalb den 1. Februar als Termin der Aufstellung des neuen Tarifs verlangten, anstatt des 1. Mai's, weil die Geschäftskonjunktur im Februar gut, im Mai schlecht zu sein pflegt.

— In der Druckerei der „Dresdener Nachrichten“ werden bei der Herstellung des Blattes an Kastenreihenden Setz- und Ablegemaschinen 22 junge Mädchen beschäftigt. Hier ist also durch die Gewaltheime nicht nur der gemeine Arbeiter, sondern der männliche Arbeiter überhaupt verdrängt worden.

— Der Bauerstreik in Kamenndorf bei Halle a. S. ist dadurch beendet worden, daß sämtliche Bauern 1 Pf. Zug-lage am Stundenlohn bewilligt worden ist. Sie erhalten nun 36 Pf.

— Die Faleter Schneidemeister wollen mit aller Gewalt den Konflikt mit ihren Arbeitern. Als Anlaß dient die von der Schneidemeistergewerkschaft über die Möbelschiff gebrachte, Bussinger u. Co. verhängte Sperre. Sie läßt an die ausenationalen Meisterchaft eine Mahnung ergehen, keinen Streikenden einzustellen. Sollte von der Gewerkschaft die Sperre nicht aufgehoben werden, so wollen sie aus ihren Werkstätten alle Schneidemeister ausweisen und selber wieder an der Hobelbank sitzen. Wollen sehen, ob sie diese fürchterliche Drohung wahr machen.

Aus Stadt und Land.

Baut, 18. Juli. Die gegnerische Presse beschäftigt sich lebhaft mit dem Entwurf des sozialdemokratischen Agrarprogramms und behandelt ihn nach der jeweiligen Parteistellung. Daß sie natürlich alle etwas daran aus-zusetzen haben, ist selbstverständlich und ist gut so. Als behaupten, wir wollten damit weiter nichts, als Bauern-lage treiben, und sie kämpfen daran die Kombination, die Volkmar'sche Richtung habe bei der Beratung des Ent-wurfs gegen die Bedel'sche gestekt. Auch sagt besonders die freisinnige Richter'sche Presse, der Entwurf sei das Zeichen einer weiteren Wankung der Partei und stelle die Einfügung der Worte: „im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ ein Zugeständnis an diejenige Richtung, welche die nächsten Ziele der Partei aus takti-schen Gründen in den Vordergrund und den großen Klab-beratschlag möglichst weit in die Ferne zu rücken beabsicht sei u. s. w. Die Gegner zeigen wieder einmal gar deutlich, daß sie die sozialdemokratische Bewegung und ihre Prin-zipien nicht kennen und verstehen und glauben, weil sie politische Feigheit und Betrügerei seien, so seien wir es auch. Es sei dem freisinnig-nationalliberalen Zeitungsgeschwister, deren Leiter sich noch nicht einmal die Mühe nehmen, den Entwurf zu lesen — kurz und bündig gesagt, daß es und mit der Durchführung dieses Programms bitter Ernst ist. Wenn sie alle, alle der Meinung sind, daß ein großer Theil des Agrarprogramms heute durchgeföhrt werden könne und von liberalen Standpunkt aus diesen Punkten zugestimmt werden könne, gut, so mögen sie in den Parlamenten nur wieder mit uns dafür eintreten und dafür stimmen; sie werden dann sehr bald von der Ernsthaftigkeit und Gerechtigkeit unserer Absichten überzeugt werden. Wir haben den liberalen Volkstheuren und Schöredern wieder einmal den Wind aus den Segeln genommen, darum ihr Kerger.

Baut, 18. Juli. Heute mochte je eine Klasse der Schule Bant A und Bant B ihren Sommerausflug. Die Eine hatte als Ziel Sandersbush, während die Andere in Partienfeld ihren Zielort wählte im schönen Garten des Herrn Rasch ist auserwählt hatte.

Wilhelmshaven, 18. Juli. Das Konzert des Bremer Lehrer-Gesangsvereins, in der „Burg Hohensollern“ gestern Abend stattfand, hat, wie vorauszusagen, sehr gut ange-sprochen und erstetete die Sänger reichen Beifall. Der Besuch des Konzertes war ein sehr guter.

Wilhelmshaven, 18. Juli. Die schon sehr zusammen-geschmolzene Schaar der alten Wilhelmshavener hat sich wieder um zwei verringert. Nachdem vor einigen Tagen der Klempner Schöttler gestorben ist, wird der Tod des

Kaufmanns Bischoff aus Rissingen, wo er zur Kur weilte, gemeldet. Eine Wagensturzung soll den Tod herbeige-föhrt haben.

Wilhelmshaven, 18. Juli. Es wird hier erzählt, der Amtsanwalt habe gegen das freisprechende Urtheil des hiesigen Schöffengerichts in Sachen der Ueberrettung des preussischen Vereinsgesetzes durch Schneidermeister und Schneidergehilfen Verurteilung eingeleitet. Eine Befähigung der Nachrich bleibt abzuwarten.

Wilhelmshaven, 18. Juli. Auf der 1. Werft ist heute Morgen der Schiffbauer B. aus Neubremen, der bei dem Anbringen einer Laufsoje in der Winkelschneide beschäftigt war, verunglückt. Wie wir hören, ist die Leiter, die er bei der Arbeit benutzte, gebrochen und B. herunter-gestürzt, wobei er sich eine schwere Verletzung am Kopfe zugezogen hat.

Wilhelmshaven, 18. Juli. (Von der Marine.) Das Panzerschiff „Baben“, Flagggeschiff der 2. Division, ist zur Vornahme von Reparaturen in den hiesigen Hafen eingelaufen. — Laut telegraphischer Meldung an das Oberkommando der Marine ist der Kreuzer „Gormoran“, Kommandant Dr. Brinkmann, am 17. Juli auf dem Seydellen angekommen und beabsichtigt, am 21. d. M. von dort aus wieder in See zu gehen. — Wie verlautet, soll der Panzer „Hagen“, der an der maroffanischen Küste kreuzt, zurückberufen werden, da die Differenzen mit Maroffo wegen der Entschädigung aus Anlaß der Ermordung des deutschen Reisenden Rodstrof der Beilegung entgegensehen.

Oldenburg, 18. Juli. Die Brandstiftung Willen-erbschaftsfrage scheint eine eigenhändige Wendung zu nehmen, die dem Verpflanzten recht ähneln ist. Am Sonntag fand eine Versammlung der angehörigen Erben, an 100 Personen, im Hotel „Du Nord“ statt und lasen wir dar-über in den „N. f. St. u. L.“ folgenden Bericht: Nach-dem Herr Schuhmacher Luettin die Versammlung eröffnet hatte, ertheilte er dem Rechnungsführer Herrn Clausen das Wort. Dieser berichtete der Versammlung, daß er in Gemeinschaft mit Herrn Luettin nach Holland zum Rechts-anwalt Dr. v. Houken gewesen sei, denselben aber nicht gesprochen habe, somit keine unrichtiger Sache zurück-gewandt seien, weil der Advokat verweist gewesen sei. Da die beiden Genannten ohne Genehmigung des Vorstandes die Holland-Reise gemacht und ihnen von dem Schriftführer Wagner dieserwegen Vorwürfe gemacht wurden, so erklärte Herr Schuhmacher Luettin, daß Herr Gemeindevorsteher Luettin die Kosten selbst getragen habe; Herr Rechnungs-führer Clausen erbot sich, die Reisekosten zurückzugeben. Sodann erwähnte Herr Clausen, daß, nachdem die Erb-schaft sicher zur Auszahlung gelange, die dem Generallogisten Pottemper laut Vollmacht zugewilligten Prozente nicht er-mäßigt werden könnten. Von den Interessenten wurde an-erkannt, daß Pottemper mit großen Mühen und Unkosten die schon seit so langen Jahren schwebende Erbschaftsfrage in Fluß gebracht und ihm ohne weiteres die ihm zugewilligten Prozente zu vergüten seien. Herr Pottemper theilte mit, daß er ein Monatsblatt in dieser Sache zum Preise von vierteljährlich 1,20 M. herausgegeben, es seien deshalb in Zukunft die mit vielen Unkosten verbundenen Versammlungen zwecklos, weil jedem Interessenten alles mitgeteilt würde.

Brake, 18. Juli. Die hohe Fluth in den letzten Tagen der vorigen Woche hat hier die Gärten an der Weser zum Theil unter Wasser gesetzt. Als man am Sonntag Morgen die Schleusenbänke säubern wollte, brachen die Ketten und das Schließen der Thüren verzögerte sich. Solange dessen lief so viel Wasser in den Hafen, daß es an einer Stelle das Ufer übergriff und ein im Freizeiten liegender Wasserbehälter voll Wasser lief, das einen Theil der dort lagernden Waaren beschädigte.

Vermischtes.

— Nord und Sebstmann. Ein in Altona, Verchenstraße, wohnhafter Maurer erschöpfte seine Frau und sein Kind, darauf sich selbst. Die Ursache der schrecklichen That ist nicht bekannt.

Ständesamtliche Nachrichten

der Stadt Wilhelmshaven vom 29. Juni bis 12. Juli.

Geboren: Ein Sohn dem Oberregelmachermeisten Detting, Lohnschreiber Ritter, Tapetier Oberm., Tapetw.-Waldmännchen Goring, Restaurateur Fuhrmeister, Oberfeuerwehnermeisten Kreftmann, Schmied Krüger, Schiffzimmermann Salander, Hotelbesitzer Hempel, Intendanten-Beiräth Högberg, Werkführer Harms, Oberfeuer-mannmeisten Holskamp, Kaufmann Krüger, Tapetw.-Berthold-mannmeisten Hlameri, eine Tochter dem Schladtermeister Ränger, Arbeiter Kruse, Barbier Beckmann, Geschäftsführer Bader, Zahn-meister Thiede, Ingenieur Middelof, Maler Zellkamp, Schmiedel Kammerberg, Kaufmann Schulze.

Kaufboten: Schloffer Strenge, Oldenburg, und K. Eßler, hier, Schiffer Krmich und R. Zappe, Neu-Suppen, Schloffer Darmeyer, hier, und F. Wölbren, Bant, Feuerwehner Hartmann, hier, und A. Ewert, Tempelburg, Kupfermeister Schmeedeel, hier, und R. Redenius, Hoppens, Werftarbeiter Janßen und F. Bar-tholomae, Bant, Heizer Schumann, hier, und B. von der Wilch, Hoppens, Handlanger Behrend, Sande, und J. Meyer, Hoffmann, Feuerwehner-Hauptmann Krauß, hier, und R. Wölbren, Hoppens, Oberwehner Peter und Wagners, hier, Oberwehner Koch, hier, und K. Drey, Katern, Werftmeister Schulz, hier, und J. Gieseler, Bant, Schiffbauer Strübe, hier, und G. Janßen, Jever, Oberweh-ner und Hülftingenieur Schmidt, Leipzig, und E. Deßgangers, hier, Maschinenbauer Pfeiffer, hier, und M. Hüben, Dangast.

Gestorben: Gehraus des Zimmermanns Rebel, 3 geb. Wetzel, 46 J. alt, Tochter des Wagnersmeisters Kruse, 18 J. alt, Hand-langer Roth, 61 J. alt, Tochter des Talters Schacht, 4 M. alt, Sohn des Obermalersmeisters Krüger, 10 M. alt, Gehraus K. Kruse, geb. Wittling, 31 J. alt, Tochter des Arbeiters Kruse, 8 St. alt, Arbeiter Hoote, 63 J. alt, Sohn des Malers Henke, 9 J. alt, Gehraus des Kaufmanns Talters, K. geb. Raab, 60 J. alt, Hand-langer Kruse, 69 J. alt, Feuerwehner Wölbren, 82 J. alt, Letzte Drohach, 62 J. alt, Tochter des Kaufmanns Behrend, 8 M. alt, Tochter des Tapetmalersmeisters Kriebitz, 3 M. alt.

Wristellen.

X., Wilhelmshaven: „Ammerländer“ Nr. vom 26. März d. J. erhalten. Der angeführte Artikel sind „alle Kameelen“ und der kleine Klaffer für uns abgehan.

Hochwärrer.

Freitag, den 19. Juli. Born. 10,6 Nachm. 10,33

Große bekannte Schleuder-Auktion.

Am Montag den 22. und Dienstag den 23. Juli d. J., jedesmal Nachmittags 2 1/2 Uhr beginnend, sollen im Saale der Frau Wwe. Jaussen (früher Restaurateur Kiem) in Wilhelmshaven, Neue Straße

4 Kisten Regen- u. Winter-Mäntel, Jackets für Damen und Mädchen, Regen-Mäntel für Kinder usw.

öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung verkauft werden.

Auktions-Prinzip: Es wird nichts eingezogen.

Kohlen à Zentner 90 Pf.

ab Lager verkaufe vom 20. Juli an jeden Sonnabend und Mittwoch Nachmittags.

Kohlenhändler C. Bruns, Bant.

Ich erwarte im Monat August ein Schiff mit

Ia. gewaschene Nusskohlen

worauf ich Bestellungen à Last 4000 Pfund zu 36 Mark frei vor's Haus entgegen nehme.

C. Schmidt, Bant.

Bringe mein Lager in prima

engl. Stück- und Nußkohlen

sowie **Brickets** in empfehlende Erinnerung. Preise werden äußerst niedrig gestellt.

B. Wilts.

Wilh. Soting

Marktstr. Wilhelmshaven Marktstr.

Geschäft für feine Herren-Garderobe

nach Maass.

Großes Lager in modernen Herrenstoffen.

Anfertigung unter Garantie in eigener Werkstatt.

J. A. Tapken, Stellmacher und Wagenbauer

Banter Straße 14 (beim Bahnhof)

empfiehlt sich zur Anfertigung von **Luxuswagen** jeder Art, sowie **Geschäftswagen, Arbeitswagen** usw. zu billigen Preisen. Reparaturen werden schnell und gut gemacht.

Wulf & Francksen



Ausstellung fert. Betten.

Einschläfige Betten Nr. 8

aus grün-roth gestreiftem Körper mit 16 Pfund Federn.

Oberbett	7,—
Unterbett	7,—
2 Kissen	5,—
Mk. 19,—	
Zweischläfig	Mk. 23,50

Einschläfige Betten Nr. 10

aus roth-grau gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett	10,25
Unterbett	10,25
2 Kissen	7,—
Mk. 27,50	
Zweischläfig	Mk. 31,—

Einschläfige Betten Nr. 10 b

aus roth-bunt gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett	13,50
Unterbett	13,50
2 Kissen	9,—
Mk. 36,—	
Zweischläfig	Mk. 40,50

Einschläfige Betten Nr. 11

aus rothem oder roth-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbdaunen.

Oberbett	17,50
Unterbett	17,50
2 Kissen	10,—
Mk. 45,—	
Zweischläfig	Mk. 50,50

Einschläfige Betten Nr. 12

Oberbett aus rothem Daunentöper, Unterbett aus rothem Atlas mit 16 Pfund Daunen u. Federn.

Oberbett	22,—
Unterbett	20,50
2 Kissen	12,—
Mk. 54,50	
Zweischläfig	Mk. 61,—

Unser Kontor

und Niederlage befindet sich von heute ab in den neuerbauten Geschäftsräumen

Ecke der Hinter- und Göker-Strasse.

St. Johanni-Brauerei.

Gegen durchaus sichere erste Hypotheken habe ich per Mitte August beziehungsweise 1. Oktober d. J.

15000 Mk. u. 12000 Mk.

zu billigen Zinsen zu verleihen. Spenens, 16. Juli 1895.

S. Reiners.

Zu vermieten.

Für einen tüchtigen



findet sich passende Gelegenheit zum Etabliren. Event. ist Vermieter geneigt, die Einrichtung zu beschaffen. Offerten unter „Barbier“ sind bis zum 20. Juli cr. in der Expedition d. Bl. abzugeben.

Zu vermieten

zum 1. August eine dreiräumige **Unterwohnung** Neue Wilhelmsh. Straße 59. Näheres bei **J. Wehen, Sedan.**

Zu vermieten

eine vieräumige **Oberwohnung** zum 1. August für 180 Mk. p. a. sowie ein großer zweiräumiger **Einladen mit Wohnung** zu Velfort, Oldenburger Straße 1a. Näheres bei **Rechnungsführer Goldeweh.**

Gesucht

zwei Zimmergefallen sowie ein **Bautischler** auf **Neubau.**

Th. Janssen, Zimmermstr., Zengwarden.

Geräucherte **ammerländ.**

Mettwurst

in trockener, besonders schöner Waare, das **Pfund nur 60 Pf.** empfiehlt

E. Bakker, Bismarckstraße.

Achtung!

Sitzung der Kartell-Kommission **Freitag den 19. Juli Abends 8 1/2 Uhr.**

Um Erscheinen sämtlicher Mitglieder erlucht

Der Vorstand.

Habe eine Partie

Futtererbjcn

billig abzugeben.

B. Wilts.

Empfehle sehr gute und mehrtreiche alte

Kartoffeln

zu **3,50 Mark pro Zentner.**

B. Wilts.

Tapeten u. Borden

in den neuesten und schönsten Mustern für **Salons, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Flure** etc. in größter Auswahl zu sehr billigen Preisen.

Günstigste Bezugsquelle für **Neubauten** etc. bei

Gebrüder Popken

15 Gökerstr. 15.

Musterkarten überallhin franco.

Ender Matjesheringe

5 Pf. pro Stück.

Ender Vollheringe

5 Pf. pro Stück.

B. Wilts.